

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Registernummer: Tagesblatt Riesner
Genuss Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530
Stroße Riesner Nr. 22

Nr. 249.

Donnerstag, 23. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Besetzen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Fernwörter Kabelfahrt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftragsgeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Lachler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesner.

Der Wahlkampf beginnt.

Die erste Wahlkampfrede.

Graf Westarp zur Lage.

Berlin. In einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach am Dienstagabend der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf Westarp. Der Redner beschäftigte sich zunächst mit außenpolitischen Fragen und zählte die Gründe auf, die für die Deutschnationalen maßgebend waren, den Eintritt in die Regierung zu erstreben. Er erklärte, daß an der Erfüllung der Wutachtengesehe keine Regierung vorübergehen könne, auch wenn Deutschnationale darin seien. Es werde aber darauf ankommen, wer die deutsche Regierung bei der Handhabung der Geschäfte zu vertreten habe. Man wird alles daransetzen müssen, die Gesehe für Deutschland erträglich zu machen. Darum war das Ziel der Deutschnationalen: Hinein in die Regierung, teilhaben an der Verbesserung dieses Gesehekomplexes. Die amtliche Notifizierung der Kriegsschuldklärung sei den Deutschnationalen zugehanden worden. Sie werde in der Regierung wie in der Opposition mit gleicher Entschiedenheit darauf drängen, daß hier endlich das Notwendige geschehe. Der Eintritt in den Völkerbund wird von den Deutschnationalen nicht erstrebt. Es mag sein, daß gewisse Vorteile in der Tagespolitik durch den Eintritt in den Völkerbund zu erzielen wären, aber die in Artikel 10 des Völkerbundes vorgesehene Garantie der Gebiete der Mitgliedsstaaten sei für Deutschland noch nicht annehmbar. Das deutsche Memorandum knüpfte an den Eintritt in den Völkerbund die Bedingung, daß Deutschland an den Exekutivmaßnahmen des Völkerbundes nicht beteiligt werden darf. An dieser Forderung muß unbedingt festgehalten werden. Unmöglich ist auch die Verbeibaltung der Militärkontrolle. Solange noch ein Franzose in den widerrechtlich besetzten Gebieten ist, kann Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht erfolgen. Redner erklärte dann weiter: Die Deutschnationale Volkspartei kann nur in eine Regierung einreten, wenn ihr Einfluß eingeräumt wird, der es ermöglicht, auch die Verantwortung für die deutsche Regierung mit zu übernehmen. Wir können und werden in einer Koalitionsregierung deutschnationale Politik treiben. Wir wissen aber sehr wohl, daß wir nicht mit allen anderen Zielen durchkommen. Wir werden und in Einzelheiten einigen müssen. An die vom Reichskanzler Marx gewünschte Volksgemeinschaft mit Einschluß der Sozialdemokratie hat kein Reich ernsthaft gedacht. Notwendig ist eine Bestimmungsgemeinschaft, eine Zusammenfassung aller nationalen, sozialen und völkischen Kräfte. Die Richtlinien des Reichskanzlers waren nicht geeignet, eine ernsthafte Grundlage für ein Zusammengehen von Deutschnationalen und Sozialdemokraten zu geben. Nur ohne und gegen die Sozialdemokratie kann in Deutschland regiert werden. Es ist falsch, wenn man sagt, wir hätten die Richtlinien des Kanzlers vorbehaltlos angenommen.

Wir haben uns insbesondere mit dem Satz über den Eintritt in den Völkerbund nicht einverstanden erklärt. Auch die übrigen Punkte der Richtlinien haben wir nur als Verhandlungsgrundlagen angenommen. Eine falsche Auffassung ist es auch, wenn behauptet wird, die Deutschnationalen seien umgelaufen und bereit, die Außenpolitik in der bisherigen Form unverändert fortzuführen. In den Richtlinien ist diese Forderung auch nicht aufgestellt, da wir uns nie darauf eingelassen hätten. Die Richtlinien enthalten nur die Feststellung, daß die Londoner Abmachungen durchgeführt und bestimmend für die Außenpolitik sein müssen. Unsere Kritik an den Londoner Abmachungen halten wir voll aufrecht. Von all den Verhandlungen der letzten Wochen muß festgestellt werden, daß die Deutschnationale Volkspartei fest gewiesen ist und fest zu ihrem Wort gehalten hat. Von Interesse sind die Vorgänge beim Zentrum. Es ist unumwunden geblieben, daß Wirth gedroht hat, bei einem Zusammengehen mit den Deutschnationalen eine eigene Krisis-demokratische Partei zu gründen. Wir haben uns in den Verhandlungen nicht festgelegt, da wir doch keine sichere Grundlage hatten. Immer wieder wird unser Eintritt von den Demokraten abhängig gemacht. Gewiß wäre die Mehrheit einer Regierung ohne Demokraten schwach gewesen, aber man hätte die parlamentarischen Schwierigkeiten auf sich nehmen müssen. Vom Parteistandpunkt ist die Reichstagsauflösung nicht zu bedauern. Sie hat gewirkt wie eine Erlösung aus dem Sumpf der jammervollen Verhandlungen der letzten Tage. Eine der ersten Forderungen, deren Erfüllung von der Deutschnationalen Volkspartei angestrebt wird, ist die Schaffung eines Gesehes. Bei der Wahl am 7. Dezember geht es um rechts oder links.

Am 4. Mal ist die Entscheidung nicht gefallen. Erfreulich ist, daß auch der Landtag aufgelöst wird. Eine weitere Parole der Deutschnationalen ist die Erzwingung der Reichspräsidentenwahlen. Daneben fordern wir: Fort mit der sozialdemokratischen Interessenswirtschaft in Preußen.

Der Wahlanruf der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

* Berlin. Der Wahldienst der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Worum geht es bei dieser Wahl?

Es geht um die letzte Möglichkeit, dem deutschen Volke seine politische Freiheit und wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit wieder zu geben. Freiheit und Lebensbedarf! Beide wurden in den letzten Jahren hinweggenommen und zwar weil das Volk regiert worden ist, auf Grund internationaler und sozialdemokratischer Whantaktereien. Die große Gläubigkeit und Lebenssehnsucht des deutschen Volkes ist gemißbraucht worden. Keine der Nachkriegsregierungen hatte die Kraft, die verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern. Die internationale Abhängigkeit der Sozialdemokratie ist die Quelle allen Unglücks. Aus Deutschlands Leid, allen Demütigungen und Entbehrungen der letzten 5 Jahre gegen diese völkermörderische Entwicklung ist aus dem deutschen Volk die große vaterländische Bewegung entstanden, welche ihre hohen Ziele frei von parteipolitischen Interessen unter der uns allen seit Aufbruchung des Deutschen Reiches einigenden Flagge „Schwarz-weiß-rot“ gesteckt hat.

Gegen diese schwarz-weiß-rote Bewegung, die berufen ist, Deutschland aus seiner politischen und wirtschaftlichen Verflauung zu befreien, gründete die Sozialdemokratie mit unerhörten Finanzmitteln, deren Quellen unbekannt sind, die Reichsbannerorganisation Schwarz-Rot-Gold als Schutztruppe des Sozialismus und organisierte sie zielbewußt zum Bürgerkrieg. Wenn dieses Ziel erreicht, dann verendet Deutschland. Wer also den Bürgerkrieg verhindern und Deutschland wieder zur Gesundheit bringen will, der muß bei den Wahlen am 7. Dezember die schwarz-weiß-rote vaterländische Volksgemeinschaft zur Führung bringen. Gebt denjenigen Parteien Euer Stimme. Wir wollen Deutsche bleiben. Darum wollen wir statt des zerstörenden Klassenkampfes den aufbauenden Wirtschaftskrieg, der sich gründet auf die christliche Gewissenspflicht von Arbeitnehmer und Arbeitgeber und der allein Werte schafft. Wir wollen eine Volksgemeinschaft deutscher Brüderlichkeit, in der weder niedrig, reich noch arm gilt, sondern des Menschen eigener Wert und die Menschlichkeit. Wir wollen die soziale Überwindung des Klassenhasses durch Christentum, Nächstenliebe und Nächstenfürsorge. Wir wollen nicht die systematische Vergiftung der deutschen Jugend und des deutschen Geistes durch eine unendliche Literatur und Sprache. Darum wollen wir christliche Jugendberziehung und christliche Kultur als Grundlage des Staatslebens. Wir wollen in Parlament und Regierung politische Sauberkeit, Sachkenntnis und moralische Bestimmung und Pflichtgefühl der Führer in den höchsten und niedrigsten Ämtern. Wir wollen Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir wollen brüderlich mit Herz und Hand zusammenstehen: Ein Volk in Not.

Fritz Geißler, Graf von der Goltz, Dr. Göttsche.

Wiederherstellung des Blodes der Mitte.

BVD. Berlin, 23. Oktober. In den führenden Kreisen der bisherigen Regierungsparteien ist man gegenwärtig bestrebt, die Politik der Mitte auch über die Auseinandersetzungen des Wahlkampfes hinweg zu erhalten, um die Stetigkeit des Regierungskurses in Deutschland zu gewährleisten. Besonders sind es die Mitglieder des Reichskabinetts, an erster Stelle Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann, die ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die durch das Scheitern der Regierungs-umbildung entstandene Konfliktstimmung innerhalb der Regierungsparteien zu mildern und die großen politischen Gesichtspunkte der inneren und äußeren Festigung Deutschlands in den Vordergrund zu stellen. Während die wahl- agitatorische Einstellung der einzelnen Parteien augenblicklich alle Streitfragen der inneren und äußeren Politik aufrollt, wird, wie wir hören, die Reichsregierung im Gegenstand des Wahlkampfes offiziell hervortreten, um die Notwendigkeit einer verantwortungsbewußten Außenpolitik zu betonen. Inzwischen wird die Regierung gezwungen sein, neue außenpolitische Aktionen zu unternehmen, damit das Kernproblem der gegenwärtigen Regierungspolitik, die frühere militärische Räumung des Ruhrgebietes, nicht vernachlässigt wird. Gerade im gegenwärtigen Augenblick sieht es die Regierung als ihre dringende Pflicht an, den

Beweis dafür zu erbringen, daß der Weg, den die deutsche Regierung auf der Londoner Konferenz eingeschlagen hat, der einzig richtige war. Um vor dem Volke diese Tatsache in ihrer ganzen Tragweite zu demonstrieren, wird daher von deutscher Regierungsmasse in kürzester Frist eine diplomatische Aktion eingeleitet werden, die darauf hinauszielt, von der französischen Regierung nunmehr die bestimmte Befehle auf eine halb- und endgültige militärische Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes zu erreichen.

In den Regierungskreisen ist man der Auffassung, daß eine erfolgreiche Fortführung dieser Politik nur möglich sein wird, wenn die Konstitution des Reichskabinetts sein wird. Eine Rechtsorientierung, die zu einer Wende des bisherigen außenpolitischen Kurses führen würde, würde nach Auffassung der dem Reichskanzler Marx nahestehenden Kreise ebenso nachteilig sein wie etwa eine einseitige Verschlebung der Kräfteverhältnisse nach links, die die Gefahren neuer politischer Kämpfe in sich bergen würde. Aus all diesen Gründen erblickt die Reichsregierung in der Wiederherstellung des Blodes der Mitte ein dringendes Gebot der Stunde, das auch im Wahlkampf nicht außer Acht gelassen werden dürfte.

Wir glauben auf das Bestimmteste zu wissen, daß aus diesen Gründen heraus die Wiederannäherung zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten bereits in kürzester Frist erfolgen wird. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei besteht absolut das Bestreben, die bei den letzten Regierungsverhandlungen entstandene Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens zu reinigen und im Wahlkampf für die unbedingte Fortsetzung der Politik der Mitte aufzutreten. Die Deutsche Volkspartei will damit ihren unumwunden Charakter als Mittelpartei mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen. Im Zentrum liegen die Dinge ebenso. Wenn auch der linke Flügel der Partei sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Bürgerkriegspolitik wehren zu müssen glaubt, so besteht doch volle Uebereinstimmung darüber, daß das Zentrum eine andere Politik als die der Mitte nicht treiben kann, auch wenn das Ergebnis der Wahlen eine wesentliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Reichstage bringen sollte. Die Demokraten erklären, daß sie immer auf dem Standpunkt geblieben hätten, die Politik der Mitte als die einzig richtige und für Deutschland zweckmäßigste Richtung anzuerkennen, und daß sie nur aus diesen Gründen heraus einer Einziehung der Deutschnationalen in die Reichsregierung ablehnend gegenüber gestanden hätten.

Ausland und Reichstagswahl.

Unsere liebe demokratische „Weltzeitung“ bringt schon wieder spaltenlange Traktate aus Paris und London, in denen die merkwürdigsten Ansichten des Auslandes über die Reichstagsauflösung den deutschen Wählern vorgelegt werden. Natürlich kann man allerlei aus diesen Stimmen lernen, aber zu weit doch im Gegensatz zu ihnen und nicht, wie die Linkspresse es möchte, in Uebereinstimmung mit ihnen. Denn selbst die ausländischen Blätter, die ernsthaft die Verständigung und den Weltfrieden wollen, gehen immer von dem Standpunkt des eigenen Landes aus und können die deutschen Verhältnisse nicht beurteilen. Sonst würden sie nicht den Parteien den Sieg wünschen, die am wenigsten nationale Energie entwickeln, sondern denen, die unter strenger Wahrung des deutschen Standpunktes noch eine räuberische Außenpolitik mit dem Ziel des Ausgleiches der Gegensätze führen wollen. Eine ausgeglichene Außenpolitik würde ja sehr bald die Opposition der Rechten wieder so stärken, daß ein völliger Umsturz zu erwarten wäre. Nichts aber ist uns ebenso wie der Welt jetzt nötiger als Stetigkeit in der deutschen Politik.

Köstlich ist das Geständnis der „Action Francaise“, daß die bisher in Deutschland eingetretene Verbindung für Frankreich gefährlich sei; denn die deutsche politische und finanzielle Anarchie sei eine der besten Garantien für Frankreich gewesen. Das ist doch wenigstens ehrlich. Die Kommunisten, die sich als Franzosenfreunde auszuweisen lieben, erfahren daraus deutlich genug, in wessen Interesse sie arbeiten; aber auch die Rechtsradikalen, die am liebsten die ganze verfassungsmäßige Entwicklung sprengen möchten, können nun sehen, wenn diese am meisten im Auge liegt, den französischen Chauvinisten. — Aus der englischen Presse erfahren wir, daß auch die Diebards, die ganz rechts stehenden Industriellen, in Deutschland nicht ihre Gesinnungsgenossen, sondern die Linke in Front zu sehen wünschen. Weshalb — das könnte sich die demokratische Presse wohl allein sagen; und es wäre klüger von ihr, solche Aeußerungen zu unterdrücken. Andere englische Stimmen lauten: Die Deutschen könnten nun die Antwort auf die französischen Wahlen und auf die Politik Herriots geben. Das wird wohl auch geschehen, nur daß man nicht an die Worte Herriots denken wird, sondern an seine tatsächliche Politik und an die Gegenkräfte, die in Frankreich noch so mächtig sind, daß sie jederzeit wieder die Oberhand gewinnen können. Die richtige deutsche Antwort auf London und Genf sowie auf die langsam eingeleitete Räumung des Ruhrgebietes kann angehts der vielen dabei noch offenen gebliebenen Fragen doch nur die sein: wir werden mit aller Vorsicht den eingeschlagenen Weg weiter geben. Wir haben jetzt keinen Anlaß zu radikalem Nationalismus, aber auch keinen zu vertrauenseligem Pazifismus. Ein klares, ruhiges Nationalgefühl muß die Wahlen und den neuen Reichstag bederrücken; das Ausland wird es zu begreifen und sich darauf einzurichten wissen.